

„It's the economy, stupid!“

Keiner redet vom Wetter / Bessere Argumente für den Klimaschutz

Von Thomas Schmitz

Es sind rührende Fotos von verhungerten Eisbären, die gegenwärtig zum Zuge kommen, wenn die Menschen für den Klimaschutz gewonnen werden sollen. Doch ebenso rührend sind die Bilder von weinenden Windkraftgegnern, die sich an Bäume ketten, die für Windräder gefällt werden müssen. Gemeinsam ist beiden Szenarien, dass sie derzeit in der politischen Debatte keinen großen Stellenwert haben. In der Schweiz wurde gerade per Volksabstimmung ganz unspektakulär der Atomausstieg beschlossen, obwohl die populistische SVP versucht hat, mit bössartigen Fotomontagen von Windrädern in den Alpen und dem Argument, alle Schweizer müssten dann „nur noch kalt duschen“, gegen das Energiegesetz Stimmung zu machen. Das hat nicht verfangen.

Hierzulande ist Klimaschutz eher unpopulär. Die Menschen verbinden ihn immer mehr mit zusätzlichen Verboten und höheren Kosten. Zugleich erfreut sich die politische Agenda im Vorfeld der Bundestagswahl an Szenarien, welche die Wirtschaft als Ganzes und die ökonomische Situation der Menschen betreffen: Die Schwarzen und die Gelben versuchen es mit Steuererleichterungen für die Mittelschicht, die Roten wollen umverteilen, mehr Rente und länger Arbeitslosengeld zahlen und die Reichen besteuern. Ich plädiere dafür, dass die Grünen jetzt keine Steuerdebatte im Sinne von „mehr Gerechtigkeit“ für irgendwen führen, sondern allenfalls ein Steuermodell in die Debatte bringen, das genau den Klimaschutz ins Visier nimmt. Vor allem aber müssen wir in unserer Argumentation deutlich machen, dass Klimaschutz tatsächlich vor allem eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit ist.

Ich zitiere aus einem der ideologischen Parteinahme unverdächtigen Papier der Bundeszentrale für politische Aufklärung: „Der "Stern-Bericht" der britischen Regierung bestätigt, dass der Klimawandel vor allem eine ökonomische Komponente besitzt: Durch extreme Klimaereignisse entstehen hohe Kosten. Stern rechnet mit Kosten von bis zu 20 Prozent der globalen Volkswirtschaft. Aber auch auf die deutsche Volkswirtschaft werden erhebliche Belastungen zukommen; bis zu 800 Milliarden Euro müssten in den kommenden 50 Jahren für die Behebung von Klimaschäden, die Anpassung an den Klimawandel und gestiegene Energiekosten aufgewendet werden. Die Kosten des Handelns, also der Treibhausgasminde rung, sind dagegen deutlich geringer.“

In einer aktuellen OECD-Studie, die auf dem Petersberger Klimagipfel am 23. Mai vorgestellt wurde (<http://www.oecd.org/environment/taking-action-on-climate-change-will-boost-economic-growth.htm>) heißt es lt. einem Bericht der ZEIT: „Eine strengere Klimaschutzpolitik – durch Investitionen wie zum Beispiel in erneuerbare Energien, Leitungsnetze oder umweltfreundlichen Verkehr – würde sich laut einer OECD-Studie auch wirtschaftlich auszahlen. Werde aktiver Klimaschutz in die allgemeine Wirtschaftspolitik integriert, sei das Wachstum mittel- und langfristig höher als ohne zusätzliche Klima-Investitionen, fasst die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) das Ergebnis ihrer Untersuchung zusammen. Die OECD berechnete die Wirtschaftsleistung in den 20 führenden Industrie- und Schwellenländern (G20). Ein Ergebnis: Mit mehr Klimaschutz werde das Bruttoinlandsprodukt bis 2021 im Schnitt um ein Prozent und bis 2050 um 2,8 Prozent höher liegen als ohne die empfohlenen Maßnahmen. Kalkuliere man die durch Klimaschutz vermiedenen Schäden ein, sei sogar mit einem Plus von 4,7 Prozent zu rechnen.“

An diese Argumentationslinie gilt es anzuknüpfen, im ökonomisch richtig verstandenen Klimaschutz liegt auch die einzige realistische schwarz-grüne Regierungsoption. Ohne eine Regierungsoption haben wir keine Chance, bei der Bundestagswahl zweistellig rauszukommen: „It's the economy, stupid!“ Von diesem legendären Ausspruch von Bill Clinton sollten wir lernen.